



Bayerisches Staatsministerium für Umwelt,
Gesundheit und Verbraucherschutz



Workshop “Europäische Bodenschutzstrategie”

**Vertretung des Freistaates Bayern bei der
Europäischen Union in Brüssel**

29. April 2004, Brüssel

Zusammenfassung

26. Mai 2004

Tanja Dräger

R. Andreas Kraemer

**Ecologic – Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik
Pfalzburger Str. 43-44, 10717 Berlin, Deutschland
Tel.: +49 30 86 88 00, Fax: +49 30 86 880 100
Internet: <http://www.ecologic.de>
E-mail: draeger@ecologic.de**

Inhalt:

Hintergrund und Ziel der Veranstaltung	3
Block 1: „Bodenschutzstrategie der Europäischen Union“	5
Block 2: „Best-Practice beim Flächenmanagement“	7
Block 3: „Altlasten und Flächenrecycling“	9
Block 4: „Bodeninformationssysteme“	10
Fazit	12

Hintergrund und Ziel der Veranstaltung

Auf europäischer Ebene wurde dem Bodenschutz und dem Flächenschutz erstmals durch das 6. EU-Umweltaktionsprogramm (2001)¹ eine zentrale Bedeutung zugesprochen. In dem Programm wird die Europäische Kommission aufgefordert, eine umfassende thematische Bodenschutzstrategie für Europa zu erarbeiten. Die im Jahre 2002 erstellte Mitteilung zum Bodenschutz² stellt einen ersten Schritt hierzu dar. Die gesamte Strategie zum Bodenschutz soll bis zum Jahre 2005 vorgelegt werden. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen vor allem die Maßnahmen, die mit Verabschiedung der Strategie auf europäischer Ebene verankert werden sollen, sowie ihr Grad an Verbindlichkeit. Diese Maßnahmen sollen auch den Schutz der Flächen umfassen.

Der bis heute nahezu ungebremsste Flächenverbrauch stellt eines der drängendsten und zugleich vielfältigsten und schwierigsten Herausforderungen des Bodenschutzes dar. Mit 147 Einwohnern/km² zählt die Europäische Union zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Welt. Alle zehn Jahre vergrößert sich europaweit die bebaute Fläche um 2 %, eine Trendwende im Umgang mit der Ressource Boden ist bislang nicht absehbar. Dort wo ein Rückgang in der Flächeninanspruchnahme festgestellt werden konnte, ist dies vornehmlich auf die Veränderung ökonomischer Rahmenbedingungen zurückzuführen.

Die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme sowie das Flächenmanagement ist eine ausgeprägte Querschnittsaufgabe, da eine Vielzahl von Akteuren für den Flächenverbrauch verantwortlich ist. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass isolierte Einzelmaßnahmen dementsprechend kaum zu einer Reduktion der Flächeninanspruchnahme geführt haben. Um zukünftig den Schutz des Bodens und der Flächen zu gewährleisten, ist ein Instrumenten-Mix aus ordnungsrechtlichen, planerischen und ökonomischen Instrumenten erforderlich, der die Akteure aus den verschiedenen Bereichen sowie der unterschiedlichen Ebenen – Europa, Bund, Bundesland, Region, Kommune – in geeigneter Weise einbindet. Von wesentlicher Bedeutung ist hierbei die Frage, welchen Stellenwert zukünftig die Europäische Politik zum Bodenschutz einnehmen wird.

Vor diesem Hintergrund diente der **Workshop „Europäische Bodenschutzstrategie“** folgenden Zielsetzungen:

- Diskussion über Herausforderungen und Chancen der Europäischen Bodenschutzstrategie mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis;
- Darstellung der bayerischen Positionen zur Europäischen Bodenschutzstrategie;
- Vorstellung der bayerischen Strategien und Aktivitäten (Best-Practice) in den thematischen Schwerpunkten Reduzierung der Flächeninanspruchnahme, Altlastenmanagement und Flächenrecycling sowie Bodeninformationssysteme;

¹ Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zum sechsten Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft für die Umwelt. „Umwelt 2010: Unsere Zukunft liegt in unserer Hand“. KOM (2001) 31 endgültig.

² Europäische Kommission 2002: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie an den Ausschuss der Regionen. Hin zu einer spezifischen Bodenschutzstrategie. KOM (2002) 179 endgültig.

- Diskussion der bayerischen Vorstellungen zur Ausgestaltung einer Europäischen Bodenschutzstrategie;
- Informations- und Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Mitgliedsstaaten zu Best-Practice in den Themenfeldern des Workshops.

Der Workshop „Europäische Bodenschutzstrategie“ wurde im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union in Brüssel durchgeführt. Ecologic, das Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik, war für die Organisation, Moderation und die Dokumentation der Ergebnisse zuständig.

Die Veranstaltung fand im Rahmen einer Reihe von umweltpolitischen Veranstaltungen in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel statt und leistete so einen Beitrag im Rahmen der Ständigen Umweltkonferenz der Regionen Europas (ENCORE). So waren auch zahlreiche Vertreter der ENCORE-Konferenz auf der Veranstaltung vertreten, wie z.B. aus dem Baskenland und aus Schottland.

An dem Workshop nahmen ca. 70 Personen teil, die eine Vielzahl verschiedener Gruppen von Akteuren widerspiegeln. Neben Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlamentes und des Ausschusses der Regionen bestand der Teilnehmerkreis aus Vertretern der deutschen Länderbüros und anderen Mitgliedsstaaten. Darüber hinaus nahmen Experten aus Wissenschaft und Forschung, Vertreter der Wirtschaft sowie Nichtregierungsorganisationen an der Veranstaltung teil.

Die Struktur der vorliegenden Zusammenfassung lehnt sich an die Konzeption der Veranstaltung an, die wie folgt aufgebaut war:

- **Block 1:** Bodenschutzstrategie der Europäischen Union
- **Block 2:** Best-Practice beim Flächenmanagement
- **Block 3:** Altlasten und Flächenrecycling
- **Block 4:** Bodeninformationssysteme

Die Zusammenfassung gibt einen Überblick über die einzelnen Sitzungen und Diskussionen und stellt in einem Ausblick die wesentlichen Ergebnisse vor.³

³ Die Ergebnisse der Veranstaltung (Präsentationen, Programm, Teilnehmerliste u.a.) sowie weitere Informationen zu diesem Themenfeld stehen auf <http://www.ecologic.de>, Themenbereich „Boden“, sowie <http://www.ecologic-events.de/> als Download zur Verfügung.

Block 1: „Bodenschutzstrategie der Europäischen Union“

Der Workshop wurde durch **Staatsminister Dr. Werner Schnappauf** (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) eröffnet. In seiner Begrüßung wurde die zunehmende Bedeutung des Bodenschutzes auf regionaler, nationaler als auch europäischer Ebene hervorgehoben. Die zahlreichen Erfahrungen zum Bodenschutz in allen Regionen Europas gilt es auszutauschen und gegenseitig nutzbar zu machen. Als bedeutendes Instrument hierfür wurde die ENCORE-Konferenz (Konferenz der regionalen Umweltminister Europas) bezeichnet. Nach einem kurzen Überblick über die vielfältigen Gefährdungen des Bodens unterstrich Staatsminister Dr. Schnappauf, dass in Zukunft der Bodenschutz im Rahmen eines integrierten Ansatzes, der alle Funktionen des Bodens berücksichtigt, gewährleistet werden muss. Hierzu sind aufeinander abgestimmte Maßnahmen, insbesondere rechtliche und planerische, für alle Handlungsebenen (EU, Bund, Länder und Kommunen) zu entwickeln.

Tanja Dräger (Ecologic) stellte in dem anschließenden Vortrag die aktuellen Entwicklungen zum nachhaltigen Schutz von Böden auf europäischer Ebene vor. Einleitend gab Frau Dräger einen kurzen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten auf europäischer Ebene, die direkt oder indirekt zum Bodenschutz bzw. Flächenschutz beitragen. Darauf aufbauend wurde der derzeitige Stand sowie erste Ergebnisse und Empfehlungen einzelner thematischer Strategien und Mitteilungen mit Bezug zum Boden und Flächen aufgezeigt. Vorgestellt wurden die Mitteilungen zum nachhaltigen Nutzen der natürlichen Ressourcen, zur städtischen Umwelt sowie zum Bodenschutz. Im Rahmen der Vorstellung der Arbeiten zur Europäischen Bodenschutzstrategie wurden darüber hinaus ausgewählte Ergebnisse zu dem Themenkomplex Versiegelung dargestellt. Als dringend notwendig wird hier eine Harmonisierung von Begriffen und Definitionen sowie von Methoden der Datenerhebung und der Datenverarbeitung angesehen. Auch wird eine Verbesserung an Informationen über Quantität und Qualität der versiegelten Flächen, dem Verteilungsmuster von unterschiedlichen Versiegelungstypen und den Entsiegelungspotentialen gefordert.

Patrick Murphy (Europäische Kommission, GD Umwelt) stellte den komplexen Organisationsaufbau und die Arbeitsmethodik zur Erarbeitung der Europäischen Bodenschutzstrategie vor, deren Struktur den ganzheitlichen, integrativen und sektorübergreifenden Ansatz zum Schutz des Bodens auf europäischer Ebene sowie den partizipatorischen Ansatz verdeutlicht. Unterstrichen wurde auch die hohe und in letzter Zeit noch zunehmende aktive Beteiligung in den Arbeitsgruppen bzw. Meetings, welche die Aktualität und die vielfache Vernetzung des Themenkomplexes Bodenschutz unterstreicht. In einem Ausblick wurde die weitere Entwicklung auf Europäischer Ebene zum Schutz des Bodens dargestellt. Vorgesehen ist die Ausarbeitung der thematischen Bodenschutzstrategie bis zum Jahre 2005. Daran anschließend ist ein Diskussionsprozess für die Ausarbeitung einer Bodenrahmenrichtlinie vorgesehen. Diese sollte klare Aufgaben (auch im Sinne der Subsidiarität) und langfristige Zielsetzungen beinhalten und damit einen sicheren Rahmen für die Planung bieten. Darüber hinaus sollte sie neue Maßnahmen und Aktionen enthalten. Vorgesehen ist, die zu novellierende Klärschlammrichtlinie sowie die Initiativen zum Bioabfall und des Bodenmonitorings in die Bodenrahmenrichtlinie zu integrieren.

In dem letzten Vortrag dieses Blockes wurde von **Staatsminister Dr. Werner Schnappauf** (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) die bayerische Haltung zur zukünftigen Entwicklung einer Europäischen Bodenschutzpolitik vorgestellt. Ausdrücklich befürwortet wurde die Notwendigkeit einer europäischen Bodenschutzstrategie, die gemeinsame Ziele und Standards (u.a. für Methoden, Verfahren und Grenzwerte) auf europäischer Ebene festlegt und zu einer stärkeren Harmonisierung der vorhandenen Vorschriften beiträgt. Der Bodenschutz auf europäischer Ebene sollte dabei so effektiv und effizient ausgestaltet sein, dass er umsetzbar und bezahlbar ist und eine ausreichende Flexibilität auf nationaler und regionaler Ebene gewährleistet. Bei der Entwicklung der thematischen Bodenschutzstrategie und insbesondere bei der eventuellen Entwicklung einer Bodenrahmenrichtlinie gilt es, das Prinzip der Subsidiarität zu berücksichtigen. Darüber hinaus wurde es als dringend erforderlich angesehen, dass die Interessen und Möglichkeiten der Kommunen ausreichend Berücksichtigung finden.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem das Für und Wider einer Bodenrahmenrichtlinie (rechtlich verbindlich für die Mitgliedstaaten) im Vergleich zur Europäischen Bodenschutzstrategie (rechtlich nicht verbindlich für die Mitgliedstaaten) insbesondere im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsprinzip diskutiert. Einigkeit bestand darin, dass ein Gleichgewicht zwischen ausreichend konkreten und verbindlichen und damit auch überprüfbaren Anforderungen auf europäischer Ebene und einer ausreichenden Flexibilität auf nationaler und regionaler Ebene gewährleistet sein muss. Ebenso hervorgehoben wurden die vertraglichen Bestimmungen der EU zur Integration von Umweltbelangen in andere Politikfelder.⁴ Um die Erreichung dieser Zielsetzung zu gewährleisten, ist die Anwendung von europäischem Recht mit einer hohen Verbindlichkeit notwendig. Voraussetzung für die Implementierung und Kontrolle von europäischer Gesetzgebung sind darüber hinaus ausreichend konkret formulierte Ziele und Maßnahmen. Nur unter diesen Voraussetzungen kann der Europäische Gerichtshof bei Vertragsverletzungen tätig werden. Umgekehrt wurde betont, dass eine zu starke Regulierung zu hohem personellen und finanziellem Aufwand führt. Einigkeit bestand darin, für eine Vereinfachung und Verschlankung der Gesetzgebung Sorge zu tragen, um auch deren Akzeptanz bei den Bürgern der Europäischen Union zu verbessern.

Ein weiteres Diskussionsthema stellte die Novellierung und Integration der Klärschlammrichtlinie in die evt. Bodenrahmenrichtlinie dar. Im Mittelpunkt der Diskussion standen dabei die Potenziale und Risiken der Aufbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftliche Flächen und wie diesbezüglich die gesetzlichen Regelungen ausfallen könnten. In diesem Zusammenhang wurde eine konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips gefordert. Im Sinne des Verbraucherschutzes sollte nach Vorstellung Bayerns der Klärschlamm mittelfristig nicht mehr auf landwirtschaftlichen Flächen aufgebracht werden. Festgestellt wurde, dass der Verbraucherschutz in dieser Frage europaweit an erheblicher Bedeutung gewonnen hat. Die

⁴ 1997 wurde der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung vertraglich aufgenommen (Artikel 2 EGV und EUV), wobei in Artikel 6 die Integration von Umwelterfordernissen in der Festlegung und Durchführung der Richtlinien und Tätigkeiten der Gemeinschaft geregelt wird.

Verwendung von Klärschlamm (Aufbringung auf landwirtschaftliche Flächen, Verbrennung und Deponie) bietet in Europa bislang noch ein sehr heterogenes Bild mit entsprechend kontroversen Debatten in den EU Mitgliedsstaaten. Insgesamt sollte die Überarbeitung in den breiten Kontext der thematischen Bodenschutzstrategie gestellt werden.

Block 2: „Best-Practice beim Flächenmanagement“

Ziel dieses Blockes war es, ausgewählte Best-Practice-Beispiele für die Verringerung der Flächeninanspruchnahme und für ein Flächenmanagement in Europa vorzustellen. Darüber hinaus sollten die Referenten die vorhandenen Schwierigkeiten in der Umsetzung eines nachhaltigen Flächenmanagements darstellen sowie Empfehlungen für die zukünftige Entwicklung geben.

Michael Duhnkrack (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) stellte Konzepte und Initiativen zum Flächensparen in Deutschland und Bayern vor. Als deutschlandweite Initiativen wurde u.a. der „Dialog Fläche“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung und die Modellprojekte „Städte der Zukunft“ und „Regionales Flächenmanagement“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung genannt. Darüber hinaus wurden beispielhaft Initiativen aus Baden-Württemberg (MELAP), Nordrhein-Westfalen (Projekt Bodenbewusstsein und Ideenwettbewerb „1000 Baulücken“) sowie Niedersachsen (Pilotprojekt "Vom Brachflächenkataster zum Flächenmanagement") aufgeführt. Schwerpunkt des Vortrages bildete die Darstellung der bayerischen Initiativen: Aufbauend auf den Ergebnissen und positiven Erfahrungen des Pilotprojektes „Kommunales Flächenressourcen-Management“ ist z.B. vorgesehen, das Kommunale Flächenressourcen-Management bis zum Jahre 2006 in allen bayerischen Kommunen einzuführen. Weiterhin wurde das im Jahre 2003 gegründete „Bündnis zum Flächensparen“ vorgestellt, welches im Sommer 2004 ein Aktionsprogramm mit voraussichtlich 50 Maßnahmen vorlegen wird. Abschließend wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, bei der Entwicklung von Maßnahmen die unterschiedlichen Strukturen der Regionen und ihre spezifischen Bedingungen zu berücksichtigen sowie die aktive Einbindung der relevanten Akteure anzustreben. Weitere Informationen zu den bayerischen Initiativen zum Bodenschutz sind unter www.boden.bayern.de einsehbar.

Dr. Frank Molder (Baader Konzept GmbH) ging in seinem Vortrag näher auf das oben genannte bayerische Pilotprojekt „Kommunales Flächenressourcen-Management“ ein. Die zentrale Aufgabe des Projektes bestand darin, Umfang und Qualität von Bauland- und Entsiegelungspotenzialen in vier bayerischen Kommunen systematisch zu analysieren sowie praxisnahe Handlungs- und Umsetzungshilfen zu erarbeiten. Als zentrales Instrument für die Datenerfassung und -bewertung wurde ein GIS-gestütztes Baulandkataster aufgebaut. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Modellkommunen in einem weit höheren Maße Baulandpotenziale im Innenbereich aufwiesen, als von den politisch und fachlich Verantwortlichen erwartet worden war. Damit konnte nachgewiesen werden, dass Brachflächenkataster eine wesentliche Informations- und Argumentationsgrundlage zur Erreichung einer nachhaltigen flächenschonenden Siedlungsentwicklung darstellen. Vor diesem Hintergrund wurde eine systematische Datenerhebung sowie eine umfassende Aufbereitung der Informationen u.a. mittels GIS auf kommunaler Ebene empfohlen. Die im

Rahmen des Forschungsvorhabens entwickelte Arbeitshilfe steht als Download zur Verfügung (<http://www.umweltministerium.bayern.de/bereiche/boden/arbeitsh.pdf>).

In dem anschließenden Vortrag stellte **Dr. Uwe Ferber** (Projektgruppe Stadt + Entwicklung) Best-Practice Beispiele aus anderen EU-Mitgliedstaaten vor, darunter Beispiele aus Frankreich, Großbritannien und Österreich. Hintergrund des Vortrages bildeten die Erfahrungen, die bislang in dem CABERNET-Netzwerk gesammelt worden sind. Betont wurde, dass aufgrund des starken Strukturwandels nicht nur in den ländlichen Regionen sondern auch in den großen Agglomerationen in Europa ein effizientes Flächenmanagement dringend notwendig ist, welches an die jeweiligen Bedingungen (wachsend oder schrumpfend) angepasst werden muss. Angemerkt wurde, dass es trotz zahlreicher positiver Einzelansätze bislang kaum systematische und kohärente Lösungen für ein effizientes Flächenrecycling und die Umsetzung einer Flächenkreislaufwirtschaft gibt. Aufbauend auf den positiven Erfahrungen in Großbritannien wurde der verstärkte Einsatz von regionalen Entwicklungsagenturen für Brachflächen und der Abbau der Einzelprojektförderung empfohlen. Ebenfalls wurde die Einführung von quantitativen Zielen auf regionaler Ebene sowie die Einführung einer regionalen Grundsteuer befürwortet.

Diskussion

In der an die Vorträge anschließenden Diskussion wurde insbesondere die Frage der Finanzierung für die Wiedernutzbarmachung von Brachflächen diskutiert. Im Mittelpunkt standen hierbei die langfristig nicht nutzbaren Brachflächen (C-Flächen), die ohne eine öffentliche Förderung einer Wiedernutzung kaum mehr zugeführt werden. Aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel der öffentlichen Hand wurde eine selektive Wiederaufbereitung der Flächen bzw. ein stufenweises Flächenrecycling vorgeschlagen, um dem Liegenlassen der Flächen entgegenzutreten. Dies umfasst im ersten Schritt den Rückbau der Gebäude sowie eine Sicherung und Begrünung der Fläche, jedoch zunächst keine Altlastensanierung und infrastrukturelle Vorleistungen der Kommunen. Diskutiert wurden in diesem Zusammenhang Zielkonflikte, wie u.a. die Interessen des Naturschutzes und der Denkmalpflege, sowie ob die Prinzipien der Vor- und Nachsorge in diesem Falle ausreichend berücksichtigt würden. Zwischenlösungen müssten zukünftige Risiken mit einbeziehen, da sonst später unerwartet hohe Kosten auf die Kommunen zukommen könnten.

Abschließend wurde festgestellt, dass im Rahmen der Vorträge eine große Anzahl von Vorteilen für die Umsetzung eines umfassenden Flächenmanagements aufgezeigt werden konnten, die es gilt, an die entsprechenden Akteure und Entscheidungsträger heranzutragen. Der Austausch an Informationen, Erfahrungen und Best-Practice Beispielen sollte dementsprechend auf allen Handlungsebenen gefördert werden. Hinsichtlich der Maßnahmen, die auf europäischer Ebene verankert werden könnten, sei die Möglichkeit zu diskutieren, ein Verhältnis von Innenentwicklung zu Außenentwicklung für Städte in der gesamten Europäischen Union festzulegen, weniger jedoch die Festlegung von quantifizierbaren Zielen für die Flächeninanspruchnahme. Diese könnten auf regionaler Ebene entwickelt werden.

Block 3: „Altlasten und Flächenrecycling“

Die Thematik der Wiedernutzung von Brachflächen hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, wobei die Wiedernutzung dieser Flächen zunehmend auch als ein wesentliches Element zur Reduzierung des Flächenverbrauchs diskutiert wird. Problematisch ist, wenn derartige Flächen kontaminiert sind oder ein Altlastenverdacht noch nicht hinreichend geklärt ist. Ziel dieses Blockes war es, Methoden zur effizienten Altlastenbewältigung sowie ausgewählte Best-Practice-Beispiele zum Thema Altlastenbewältigung und Flächenrecycling vorzustellen.

Dr. Waltraud Ellenrieder-Woratschek (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) stellte Verfahren, Finanzierung sowie Abwicklung des Altlastenmanagements in Bayern vor. Die Bayerische Staatsregierung hat sich im Jahre 2000 das Umwelthandlungsziel gesetzt, den Altlastenverdacht für 50% der Verdachtsflächen bis 2010 und für 100% der Flächen bis 2020 zu klären. Damit soll zum einen der Gefahrenabwehr Rechnung getragen und zum anderen ein Beitrag zum Flächenrecycling geleistet werden. Vorgestellt wurde der rechtliche Rahmen des Altlastenmanagements, die Organisation des Vollzugs und die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten in Bayern. Zur Finanzierung der Kosten wurde in Bayern ein 3-Säulen-Modell entwickelt. Der Altlastenfonds mit dem Altlastenkreditprogramm, das Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen in Form von verbilligten Krediten anbietet, die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) und Art. 7 Abs. 4 Finanzausgleichgesetz. Weitere Informationen sind unter <http://www.altlasten.bayern.de> erhältlich.

Dr. Thilo Hauck (Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH), erläuterte Organisation und Verfahrensweise der Gesellschaft zur Altlastensanierung (GAB) in Bayern. Die Gesellschaft stellt ein Kooperationsmodell dar. Die Gesellschafter der GAB bestehen zum einem aus dem Freistaat Bayern und zum anderen aus der Gemeinschaftseinrichtung zur Altlastensanierung in Bayern (GAB e.V.). In der GAB e.V. sind rund 150 bayerische Unternehmen eingetragen, die nach dem Prinzip der Gruppenlast eine gemeinsame aktive Mitverantwortung für die entstandenen Schäden an Boden und Grundwasser übernehmen. Die GAB unterstützt die kommunalen Verwaltungen bei der Sanierung von Altlasten gewerblichen Ursprungs sowohl fachlich, als auch finanziell. Vor allem durch die Übernahme der Projektsteuerung wird eine zügige und zeitnahe Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen gewährleistet. Dargestellt wurde die Arbeit der GAB anhand von vier unterschiedlichen Beispielen. Hervorgehoben wurde hierbei, dass Altlastensanierungsvor allem kleinere Gemeinden häufig vor eine schwierige Aufgabe stellen – anders als in großen Städten, in denen bei Altlastensanierungen im Rahmen des Flächenrecyclings die Kosten-Nutzen-Betrachtung durch den höheren Grundstückswert und die größeren Vermarktungschancen meist positiv ausfällt.

Dr. Andrew R. Harrison (LandInform Ltd) gab in seinem Vortrag einen Überblick über die politischen Maßnahmen zur Raumordnung, insbesondere in Bezug auf die Wiedernutzbarmachung der Brachflächen in England und Wales. Neben den rechtlichen Grundlagen wurden Zielsetzungen und Maßnahmen erläutert. Um die Siedlungsdichte zu erhöhen und die Flächeninanspruchnahme auf der „Grünen Wiese“ zu verringern, wurde im Jahre 1998 das nationale Ziel festgelegt, 60 % der Neubauten auf ehemaligen, brachliegenden Siedlungs-

flächen oder aber durch Umnutzung bestehender Gebäude zu realisieren.⁵ Diese Zielsetzung sollte bis 2008 erreicht sein. Dieses Ziel wurde bereits im Jahre 2000 erstmalig erreicht. 2001 lag die Quote bereits bei 61 %, 2002 nach ersten Berechnungen bei 64 %. Die Gründe für den Erfolg liegen im zentralisierten Planungssystem in England, der Betonung des Recyclings von innerörtlichen Brachen, der Erhaltung der „Green Belts“ sowie dem englischen Steuersystem.

Diskussion

In der nachfolgenden Diskussion stand eine mögliche Zentralisierung des Flächenmanagements im Mittelpunkt der Diskussion. Im Gegensatz zu der kommunalen Planungshoheit in Deutschland ist das Planungssystem in Großbritannien stark zentralisiert. Entsprechend den neuen politischen Vorgaben in Großbritannien darf bei einer Siedlungserweiterung die Siedlungsdichte nicht unter 30 Einfamilienhäusern pro Hektar liegen. Wird im Planungsprozess diese Vorgabe unterschritten, muss eine Sondergenehmigung des Deputy Prime Ministers eingeholt werden. Vor diesem Hintergrund wurde die Stärkung der Regionalplanung gegenüber der kommunalen Planungshoheit in Deutschland diskutiert. Neben dem verstärkten Einsatz regionaler Entwicklungsagenturen sollte auch eine Stärkung der Regionalplanung in Betracht gezogen werden, u.a. mit einer Festlegung von quantitativen Zielen für die Flächeninanspruchnahme auf regionaler Ebene.

Block 4: „Bodeninformationssysteme“

Ziel dieses Blockes war es, einen Überblick über Konzepte und Inhalte ausgewählter Bodeninformationssysteme zu geben und anhand praktischer Anwendungsbeispiele zu erläutern. Darüber hinaus sollten die Anforderungen verschiedener Akteure und Nutzer an Bodeninformationssysteme dargestellt werden.

Dr. Günter Fried und **Thomas Gülden** (Bayerisches Geologisches Landesamt) stellten Konzept und Umsetzung des Bodeninformationssystems Bayern⁶ (BIS) vor. Aufgabe des BIS ist es, geowissenschaftliche Grundlagen für eine nachhaltige Sicherung der Funktionen des Bodens einschließlich des tieferen Untergrundes bereitzustellen. Die aufbereiteten Daten, in tabellarischer und grafischer Form, stehen sowohl den relevanten Behörden im sogenannten „Behördennetz“ als auch der Öffentlichkeit als „Geofachdatenatlas“ zur Verfügung. Im Gegensatz zu dem Behördennetz, in dem die Option gegeben ist, die Daten zu exportieren und zu bearbeiten, steht der Öffentlichkeit mit dem Geofachdatenatlas aus Gründen des Datenschutzes nur ein eingeschränkter Zugang zu den Informationen zur Verfügung. Die Daten des BIS umfassen u.a. geologische, bodenkundliche, hydrogeologische, rohstoff- und lagerstättenkundliche Aspekte sowie Angaben zu Bohrungen, Grundwassermessstellen, Aufschlüssen, Bodendauerbeobachtungsflächen und Georisiken. Durch die aufbereiteten Daten ist das BIS in der Lage, vielfältige Funktionen zu erfüllen. Zum einen stellt es ein Werkzeug für den Vollzug der Bodenschutzgesetze dar, zum anderen dient es als

⁵ DETR 1998: Planning for the Communities of the Future (Cm 3885).

⁶ <http://www.bis.bayern.de/>

Fachdatenpool für Planungszwecke und für die Standortwahl der Wirtschaft. Darüber hinaus dient es als Grundlage für die Geowissenschaften und als Datenquelle für Geosachverhalte.

Dr. Manfred Piewak (Piewak und Partner GmbH), erläuterte in seinem Vortrag die Vorteile, die sich mit dem BIS für Unternehmen ergeben. Als wesentlicher Vorteil wurde u.a. aufgeführt, dass den Unternehmen bereits in der Angebotsphase eine kostenfreie Online-Recherche in dem geowissenschaftlichen Datenpool möglich ist. Damit ist eine wesentlich beschleunigte Erstellung von Untersuchungskonzepten mit zugehöriger Kostenschätzung in der Angebotsphase gegeben. Nach Auftragserhalt können in einem nächsten Schritt die benötigten detaillierten Daten angefordert werden. Durch erheblich reduzierte Recherche von Daten in Papierarchiven und Orten sowie erheblich verkürzte Kommunikationswege mit den Behörden trägt das BIS wesentlich zu einer Verfahrensbeschleunigung und dadurch Kostensenkung für die Unternehmen bei. Darüber hinaus werden kostenintensive Doppeluntersuchungen im Vorfeld vermieden. Aus Sicht der Unternehmen wäre ein vollständigen Online-Zugriff mit den entsprechenden digitalen Exportmöglichkeiten direkt durch den Nutzer wünschenswert. Für die zukünftige Weiterentwicklung des BIS ist eine ständige Qualifizierung und Aktualisierung der Daten wünschenswert. Ebenso ermöglicht der modulare Aufbau des BIS die Integration neuer Fachdisziplinen und Fragestellungen. Die dafür notwendigen Daten sollten jetzt bereits erhoben werden.

DI Martha Wepner (Umweltbundesamt, Österreich) stellte in einem Überblick die verschiedenen Bodensysteme in Österreich und ihre spezifischen Zielsetzungen vor. Die wesentlichen Bodeninformationssysteme sind BORIS⁷, das österreichische Verdachtsflächenkataster⁸, der Altlastenatlas⁹ sowie die Bodenplattform¹⁰. Die abrufbaren Bodendaten sind im europäischen Vergleich umfangreich und enthalten Informationen über den qualitativen und quantitativen Zustand des Bodens sowie seiner Zustandsveränderungen. Die aufbereiteten Informationen dienen als Werkzeug für die Bewertungen von Böden, Verdachtsflächen und Altlasten, für Risikoabschätzungen sowie Modellierungen. Darüber hinaus dienen sie als Instrument, um die Einhaltung von gesetzlichen Regelungen bzw. Maßnahmen zum Bodenschutz zu kontrollieren und um Gesetzeslücken festzustellen. Unterstrichen wurde die Bedeutung der Bodeninformationssysteme als Werkzeug zur Zielerreichung des Bodenschutzes, u.a. für die Kontrolle bei Grenzwertüberschreitungen und damit als Instrumente zur Vorsorge und Nachsorge sowie der Sicherung von belasteten Böden.

In dem letzten Vortrag wurden von **Dr. Christian Hoffmann** (GeoVille GmbH, Österreich), die Anforderungen an Bodeninformationssysteme aus dem Blickwinkel des Global Monitoring for Environment and Security (GMES)¹¹ vorgestellt. Ziel des GMES ist es bis zum Jahre 2008 eine funktionstüchtiges System für die Erfassung und Aufbereitung von Umweltdaten - auf der Basis von Satellitendaten - auf europäischer Ebene erstellt zu haben. Dabei stehen bei der

⁷ www.umweltbundesamt.at/umwelt/boden/boris/

⁸ www.umweltbundesamt.at/umwelt/altlasten/vfka

⁹ www.umweltbundesamt.at/umwelt/altlasten/altlastenatlas

¹⁰ www.bodeninfo.net

¹¹ <http://www.gmes.info/>

Entwicklung die Anforderungen der Nutzer im Vordergrund, wie u.a. die Europäische Umweltagentur. Das GMES umfasst zentrale Themen der europäischen Umweltpolitik, wie die Wasserrahmenrichtlinie und die Bodenschutzstrategie. Im Rahmen von GMES sind Projekte mit unterschiedlichen Zielsetzungen integriert. Wesentlich für den Bereich Bodenschutz sind vor allem SAGE¹² sowie Geoland¹³. Ziel dieser Programme ist es unter anderem, die notwendigen Informationen als Grundlage für die Überprüfung der Umsetzung und Einhaltung europäischer gesetzlicher Regelungen sowie Bestimmungen internationaler Konventionen bereitzustellen. Es wurde jedoch betont, dass die Kontrolle von gesetzlichen Regelungen und Maßnahmen nicht ausschließlich durch aus Satellitendaten gewonnene Landnutzungsinformationen möglich sein wird. Notwendig sei vielmehr eine Kombination von In-situ Kontrollen und der Abgleich mit sozioökonomischen Daten.

Diskussion

In der abschließenden Diskussion wurde festgestellt, dass alle Geoinformationssysteme und Bodeninformationssysteme Instrumente darstellen, die auch zu der Umsetzung von Zielen des Bodenschutzes und des Flächenschutzes beitragen können. Dies gilt auch für die europäische Ebene. Dabei sollten die verschiedenen Systeme so aufgebaut sein, dass sie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Ebenen (EU, nationale, regionale und lokale Ebene) und den Bedürfnissen der unterschiedlichen Nutzer Rechnung tragen.

Fazit

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft existieren vielfältige Ansätze für den Boden- und Flächenschutz. Dies unterstreicht, dass die relevanten Akteure die Dringlichkeit erkannt haben, Maßnahmen für den Boden- und den Flächenschutz zu entwickeln. Ein verstärkter Austausch an Informationen, Erfahrungen und Best-Practice Beispielen sollte auf allen Handlungsebenen gefördert werden. Hervorgehoben wurde die Bedeutung der Geo- bzw. Bodeninformationssysteme. Sie wurden als ein wichtiges Instrument sowohl zur Kontrolle bei der Umsetzung und Einhaltung gesetzlicher Vorgaben als auch als wichtiger Informationspool für Planungszwecke bewertet. Einigkeit bestand zwischen den Workshopteilnehmern auch darin, dass Maßnahmen des Bodenschutzes auf europäischer Ebene ergriffen werden müssen, wie es im Rahmen der Europäischen Bodenschutzstrategie vorgesehen ist. Dringend notwendig seien gemeinsame Ziele und Standards (u.a. Grenzwerte, Methoden, Verfahren der Datenerhebung und –aufbereitung) sowie die Harmonisierung der vorhandenen Vorschriften. Die Notwendigkeit einer Europäischen Bodenrahmenrichtlinie blieb bei den Teilnehmern jedoch umstritten. Festgestellt wurde, dass der Bodenschutz auf europäischer Ebene ein Gleichgewicht zwischen ausreichend konkreten, verbindlichen und damit auch überprüfbaren Anforderungen auf europäischer Ebene beinhalten und gleichzeitig eine ausreichende Flexibilität auf nationaler und regionaler Ebene gewährleisten sollte.

¹² Services for the Provision of Advanced Geo-Information of Environmental Pressures and State.
An der Durchführung des Projektes ist Ecologic beteiligt. Weitere Informationen hierzu finden sie unter <http://www.ecologic.de/>.

¹³ <http://www.gmes-geoland.info/>